



20. Mai 1992

**Zwangsmassnahmen der UNO gegenüber Libyen: Massnahmen gegen-
 über den Büros der Libyan Arab Airlines**

Aufgrund des Antrags des EDA vom 18. Mai 1992
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Von den Ausführungen im Antrag wird Kenntnis genommen.
2. Die beiliegende Verfügung wird gutgeheissen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, diese Verfügung den Büros der Libyan Arab Airlines in Zürich und Genf zu eröffnen. Das EDA wird beauftragt, das libysche Volksbüro in Bern entsprechend zu orientieren.

Für getreuen Protokollauszug:

Ulrich Mühle

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
✓		EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
		EFD		
		EVD		
	✓	EVED	5	-
	✓	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 18. Mai 1992

An den Bundesrat

Zwangsmassnahmen der UNO gegenüber Libyen: Massnahmen gegen die Büros der Libyan Arab Airlines (LAA)

Ausgangslage

In der Resolution des UNO-Sicherheitsrates 748 vom 31. März 1992 werden alle Staaten, auch die UNO-Nichtmitgliedstaaten, zur Mitwirkung an allen Zwangsmassnahmen aufgefordert. Der Bundesrat hat am 15. April 1992 beschlossen, die Verordnung über Massnahmen gegenüber Libyen in Kraft zu setzen (mit Wirkung ab 16. April 1992).

Diese Verordnung deckte zwei der insgesamt fünf Sanktionsmassnahmen ab, nämlich die Luftverkehrssperre, das Verbot der Ausfuhr von Waffen und Bestandteilen sowie Waren zur Herstellung dieser Produkte. Die Resolution fordert drittens die Reduktion des diplomatischen und konsularischen Personals in Bern und bei der UNO-Mission in Genf. Mit BR-Beschluss vom 15. April 1992 wurde das EDA ermächtigt, in diesem Bereich je nach Entwicklung der Lage die zweckmässigen Massnahmen zu treffen. Der Vorsteher des EDA hat am 14. Mai 1992 beschlossen, zwei Einheiten des Libyschen Volksbüros in Bern auszuweisen. Im Falle Genfs steht eine verlangte Stellungnahme der UNO in Genf noch aus. Als vierte Sanktion fordert die Resolution die Staaten auf, die Geschäftstätigkeit der Büros der Libyan Arab Airlines (LAA) zu unterbinden. Schliesslich wird die Staatengemeinschaft aufgefordert, den in terroristische Aktivitäten

verwickelten Libyern die Einreise zu verbieten. Entsprechende Massnahmen, über die bereits restriktive Visumspraxis hinaus, wurden angeordnet.

Gemäss Resolution ist die Staatengemeinschaft aufgefordert, dem UNO-Generalsekretär bis 15. Mai 1992 Bericht über die getroffenen Massnahmen zu erstatten.

Haltung der Schweiz betreffend geforderter Zwangsmassnahme gegen die Büros der LAA

Die Schweiz hat in diesem Bereich noch keine Massnahmen getroffen.

Tatsächlich liess nach Bekanntwerden der UNO-Resolution die Formulierung der in Frage stehenden Forderung unterschiedliche Interpretationen zu: "empêcher le fonctionnement de tous les bureaux de Libyan Arab Airlines". Wenn bis heute noch kein Entscheid in diesem Bereich gefällt worden war, stand dies mit der Ueberlegung im Zusammenhang, dass einerseits mit dem gegen Libyen verhängten Luftembargo auch die Geschäftstätigkeit der beiden LAA-Büros in Zürich und Genf de facto eingestellt war, und man andererseits einen Entscheid (analog zum Personalabbau der libyschen diplomatischen Vertretung in Bern) von den diesbezüglichen Vorkehrungen und Erfahrungen anderer massgebenden Staaten abhängig machen wollte. Trotz der Sperre des Luftverkehrs, können die LAA-Büros nach wie vor Flugscheine verkaufen.

Die Schweiz wurde mittlerweile von Grossbritannien und den USA unmissverständlich mehrere Male aufgefordert, auch in diesem Bereich Zwangsmassnahmen nachzuvollziehen. Die USA behaupten überdies, dass Mitarbeiter von LAA-Büros in terroristische Aktivitäten verstrickt seien.

Massnahmen anderer Staaten

Die für die Schweiz massgebenden Staaten haben im zur Diskussion stehenden Bereich unterschiedliche Massnahmen getroffen. Vereinzelt wurden die LAA-Büros geschlossen (Grossbritannien, Belgien, Spanien, Oesterreich, Frankreich). In Italien werden die Büros auf Ende Mai schliessen. In folgenden Staaten unterhält die Libyan Arab Airlines keine Büros (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Kanada, Japan).

In Deutschland wurden die LAA-Büros nicht geschlossen, ebenfalls wurde das Personal nicht reduziert. Hingegen wurde der Verkauf von Flugscheinen und eine generelle Geschäftstätigkeit untersagt.

Vorschlag für entsprechende Massnahmen der Schweiz

In Kenntnis der getroffenen Massnahmen der massgebenden Staaten drängt sich ein autonomer Nachvollzug auch der in Frage stehenden UNO-Sanktion durch die Schweiz wiederum aus Solidarität im Kampfe gegen den internationalen Terrorismus auf. Weil die für uns massgebenden Staaten die Resolution vollständig implementieren, sollte die Schweiz auch diesen Schritt vollziehen. Damit kann überdies vermieden werden, dass Unstimmigkeiten in unserem Verhältnis zu anderen westlichen Staaten, insbesondere zu Grossbritannien und den USA, entstehen.

Unserer Meinung nach sollte sich die Schweiz von den entsprechenden Massnahmen Deutschlands inspirieren lassen (keine Schliessung der Büros und keine Reduktion von libyschem Personal, aber Verbot des Verkaufs von Flugscheinen und Verbot einer generellen Geschäftstätigkeit). Dadurch würde die UNO-Forderung erfüllt. Daher schlagen wir vor, den LAA-Büros in Zürich und Genf den Verkauf von Flugscheinen und die generelle Geschäftstätigkeit zu verbieten.

Von einer Schliessung bzw. Ausweisung von Personal der LAA-Büros sollte namentlich deshalb Abstand genommen werden, weil bei zu erwartenden libyschen Gegenmassnahmen die Swissair-Vertretung in Tripolis auf unbestimmte Zeit geschlossen würde, deren Leitung und eingeschultem Personal möglicherweise gekündigt werden müsste und diese Gegenmassnahmen der zukünftigen Geschäftstätigkeit des schweizerischen Luftverkehrsunternehmens sehr schaden könnte.

Aufgrund des Abkommens zwischen der Schweiz und Libyen über den regelmässigen Luftverkehr vom 11.6.1971 wird den Vertragsparteien das Recht eingeräumt, die Betriebsbewilligung zu widerrufen, wenn eines der Luftverkehrsunternehmen die vereinbarten Linien nicht nach den vertraglichen Bedingungen betreibt. Weil Libyen gegen seinen Willen diese Bedingungen auf Grund des verhängten Luftembargos nicht erfüllen kann, sollte von einem Entzug der Betriebsbewilligung Abstand genommen werden.

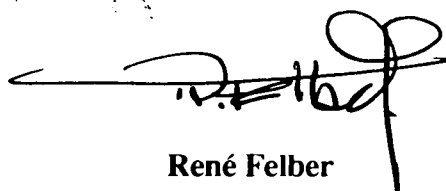
Rechtsgrundlagen

Die vorgeschlagene Massnahme gegenüber Libyen soll durch eine Verfügung des Bundesrates vorgenommen werden. Diese Verfügung stützt sich wie die Verordnung auf Art. 102 Ziff.8 der Bundesverfassung.

Das EVED, Bundesamt für Zivilluftfahrt, stimmt dem vorliegenden Antrag zu.

**Gestützt auf die vorerwähnten Erwägungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden
Beschlussesentwurf zuzustimmen.**

**EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Felber', with a long horizontal stroke extending to the left.

René Felber

**Beilagen: Entwurf des Bundesratsbeschlusses im Doppel
Entwurf der Verfügung
Resolution des UNO-Sicherheitsrates 748**

Zwangsmassnahmen der UNO gegenüber Libyen: Massnahmen gegenüber den Büros der Libyan Arab Airlines

Aufgrund des Antrages des EDA vom 18. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen

- 1. Der Bundesrat nimmt von den Ausführungen des Antrages Kenntnis.**
- 2. Die beiliegende Verfügung wird genehmigt.**
- 3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, diese Verfügung den Büros der Libyan Arab Airlines in Zürich und Genf zu eröffnen. Das EDA wird beauftragt, das libysche Volksbüro in Bern entsprechend zu orientieren.**

Für getreuen Protokollauszug:



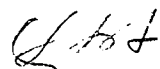
DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Entwurf


gestützt auf Art. 102 Ziff. 8 der Bundesverfassung

v e r f ü g t:

1. Den Büros der Libyan Arab Airlines in Zürich und Genf wird die Geschäftstätigkeit, namentlich der Verkauf von Flugscheinen, verboten.
2. Diese Verfügung gilt ab sofort und bleibt in Kraft bis zu ihrem Widerruf.
3. Gegen die vorliegende Verfügung kann kein Rechtsmittel ergriffen werden.


NAMENS DES BUNDESRATES

Der Bundespräsident:


3003 Bern, ²⁰..... Mai 1992



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Projet

conformément à l'art. 102 chif. 8 de la Constitution fédérale

dé c i d e:

1. Il est interdit aux bureaux de la Libyan Arab Airlines à Zurich et Genève de mener des activités commerciales, c'est à dire de vendre des billets d'avion.
2. Cette décision entre immédiatement en vigueur et le demeure jusqu'à sa révocation.
3. Aucun recours n'est possible contre ladite décision.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL

Le Président de la Confédération:

*Le chanc...*3003 Berne, ¹⁰... mai 1992

NATIONS
UNIES

S



Conseil de sécurité

Distr.
GENERALES/RES/748 (1992)
31 mars 1992

RESOLUTION 748 (1992)

Adoptée par le Conseil de sécurité à sa 3063e séance,
le 31 mars 1992

Le Conseil de sécurité,

Réaffirmant sa résolution 731 (1992) du 21 janvier 1992,

Notant les rapports du Secrétaire général 1/ 2/,

Gravement préoccupé de ce que le Gouvernement libyen n'ait pas encore donné une réponse complète et effective aux demandes contenues dans sa résolution 731 (1992) du 21 janvier 1992,

Convaincu que l'élimination des actes de terrorisme international, y compris ceux dans lesquels des Etats sont directement ou indirectement impliqués, est essentielle pour le maintien de la paix et de la sécurité internationales,

Rappelant que, dans la déclaration publiée le 31 janvier 1992 à l'occasion de la réunion du Conseil de sécurité au niveau des chefs d'Etat et de gouvernement 3/, les membres du Conseil ont exprimé leur profonde préoccupation à l'égard des actes de terrorisme international et estimé nécessaire que la communauté internationale réagisse de manière efficace contre de tels actes,

Réaffirmant que, conformément au principe énoncé à l'Article 2, paragraphe 4, de la Charte des Nations Unies, chaque Etat a le devoir de s'abstenir d'organiser et d'encourager des actes de terrorisme sur le

1/ S/23574.

2/ S/23672.

3/ S/23500.

9

S/RES/748 (1992)

Page 2

territoire d'un autre Etat, d'y aider ou d'y participer, ou de tolérer sur son territoire des activités organisées en vue de perpétrer de tels actes, lorsque ces actes impliquent une menace ou l'emploi de la force,

Constatant, dans ce contexte, que le défaut de la part du Gouvernement libyen de démontrer, par des actes concrets, sa renonciation au terrorisme et, en particulier, son manquement continu à répondre de manière complète et effective aux requêtes contenues dans la résolution 731 (1992) constituent une menace pour la paix et la sécurité internationales,

Déterminé à éliminer le terrorisme international,

Rappelant le droit des Etats, conformément à l'Article 50 de la Charte, de consulter le Conseil de sécurité s'ils se trouvent en présence de difficultés économiques particulières dues à l'exécution de mesures préventives ou coercitives,

Agissant en vertu du Chapitre VII de la Charte,

1. Décide que le Gouvernement libyen doit désormais appliquer sans le moindre délai le paragraphe 3 de la résolution 731 (1992) concernant les demandes contenues dans les documents S/23306, S/23308 et S/23309;

2. Décide aussi que le Gouvernement libyen doit s'engager à cesser de manière définitive toute forme d'action terroriste et toute assistance aux groupes terroristes et qu'il doit rapidement, par des actes concrets, démontrer sa renonciation au terrorisme;

3. Décide que tous les Etats adopteront le 15 avril 1992 les mesures énoncées ci-dessous qui s'appliqueront jusqu'à ce que le Conseil de sécurité décide que le Gouvernement libyen s'est conformé aux dispositions des paragraphes 1 et 2 ci-dessus;

4. Décide aussi que tous les Etats :

a) Refuseront à tout aéronef la permission de décoller, d'atterrir ou de survoler leur territoire si cet aéronef prévoit d'atterrir en territoire libyen ou s'il a décollé du territoire libyen, à moins que le vol en question n'ait été autorisé pour des motifs humanitaires significatifs par le Comité créé aux termes du paragraphe 9 ci-dessous;

b) Interdiront à leurs nationaux ou à partir de leur territoire la fourniture de tout avion ou tout composant d'avion à la Libye, l'apport de tout service d'ingénierie et de maintenance aux avions ou composants d'avions libyens, l'octroi de tout certificat de navigabilité pour les avions libyens, le paiement de nouvelles réclamations sur la base des contrats d'assurance en cours et la fourniture de nouvelles assurances directes pour les avions libyens;

5

S/RES/748 (1992)

Page 3

5. Décide également que tous les Etats :

a) Interdiront toute fourniture à la Libye par leurs nationaux ou à partir de leur territoire d'armements et de matériels y afférents, de quelque type que ce soit, y compris la vente et le transfert d'armes et de munitions, de véhicules et d'équipements militaires, d'équipement de police paramilitaire et de pièces détachées y afférentes, interdiront, de même, la fourniture de tout type d'équipement et d'approvisionnement ainsi que l'octroi d'accords de brevets pour leur fabrication et leur entretien;

b) Interdiront la fourniture à la Libye par leurs nationaux ou à partir de leur territoire de conseils techniques, d'assistance ou de formation ayant trait à la fourniture, à la fabrication, à l'entretien ou à l'utilisation des éléments visés à l'alinéa a) ci-dessus;

c) Retireront tous leurs représentants ou agents présents en Libye pour conseiller les autorités libyennes dans le domaine militaire;

6. Décide également que tous les Etats devront :

a) Réduire de façon significative le nombre et le niveau du personnel des missions diplomatiques et des postes consulaires libyens et restreindre ou contrôler, sur leur territoire, les déplacements du reste de ce personnel libyen; s'agissant des missions libyennes auprès des organisations internationales, le pays hôte pourra, s'il le juge nécessaire, consulter l'organisation concernée sur les mesures requises pour mettre en oeuvre ce sous-paragraphe;

b) Empêcher le fonctionnement de tous les bureaux de Libyan Arab Airlines;

c) Prendre toutes les mesures appropriées pour refuser l'entrée aux nationaux libyens qui, en raison de leur implication dans des activités terroristes, ont été interdits d'entrée ou expulsés par d'autres Etats, ou procéder à leur expulsion;

7. Demande à tous les Etats, y compris aux Etats non membres des Nations Unies et à toutes les organisations internationales, d'agir de façon strictement conforme aux dispositions de la présente résolution nonobstant l'existence de tous droits ou obligations conférés ou imposés par des accords internationaux ou de tout contrat passé ou de toute licence ou permis accordés avant le 15 avril 1992;

8. Prie tous les Etats de faire rapport au Secrétaire général avant le 15 mai 1992 sur les mesures qu'ils ont prises pour s'acquitter des obligations énoncées aux paragraphes 3 à 7 ci-dessus;

9. Décide de créer, conformément à l'article 28 de son règlement intérieur provisoire, un Comité du Conseil de sécurité composé de tous les membres du Conseil, qui sera chargé des tâches énumérées ci-après, et de présenter au Conseil un rapport sur ses travaux, où figureront ses observations et recommandations :

/...

6

S/RES/748 (1992)

Page 4

- a) Examiner les rapports qui seront soumis en vertu du paragraphe 8 ci-dessus;
- b) Solliciter de tous les Etats des informations supplémentaires concernant les mesures qu'ils auront prises pour assurer l'application effective des dispositions imposées par les paragraphes 3 à 7 ci-dessus;
- c) Examiner toute information portée à son attention par des Etats au sujet des violations des mesures imposées par les paragraphes 3 à 7 ci-dessus et, dans ce contexte, faire des recommandations au Conseil sur les moyens d'accroître leur efficacité;
- d) Recommander les mesures appropriées pour répondre à des violations des mesures imposées aux paragraphes 3 à 7 ci-dessus et communiquer régulièrement au Secrétaire général des informations pour diffusion aux Etats Membres;
- e) Examiner toute demande formulée par un Etat aux fins de l'autorisation de vols pour des motifs humanitaires significatifs conformément au paragraphe 4 ci-dessus et prendre à ce sujet des décisions rapides;
- f) Apporter une attention spéciale à toutes communications faites conformément à l'Article 50 de la Charte par des Etats voisins et autres en présence de difficultés économiques particulières dues à l'exécution des mesures imposées par les paragraphes 3 à 7 ci-dessus;
10. Demande à tous les Etats de coopérer pleinement avec le Comité dans l'accomplissement de ses tâches, notamment en lui communiquant les informations qu'il pourrait leur demander en application de la présente résolution;
11. Prie le Secrétaire général de fournir toute l'assistance nécessaire au Comité et de prendre au sein du Secrétariat les dispositions nécessaires à cette fin;
12. Invite le Secrétaire général à continuer à jouer le rôle qui lui est assigné par le paragraphe 4 de la résolution 731 (1992);
13. Décide que, tous les 120 jours ou plus tôt si la situation le rend nécessaire, le Conseil de sécurité devra revoir les mesures imposées par les paragraphes 3 à 7 ci-dessus au vu de la manière dont le Gouvernement libyen applique les paragraphes 1 et 2 ci-dessus, en tenant compte, le cas échéant, de tous rapports établis par le Secrétaire général dans le cadre du rôle qui lui est assigné par le paragraphe 4 de la résolution 731 (1992);
14. Décide de rester saisi de la question.
-



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

gestützt auf Art. 102 Ziff. 8 der Bundesverfassung

verfügt:

1. Den Büros der Libyan Arab Airlines in Zürich und Genf wird die Geschäftstätigkeit, namentlich der Verkauf von Flugscheinen, verboten.
2. Diese Verfügung gilt ab sofort und bleibt in Kraft bis zu ihrem Widerruf.
3. Gegen die vorliegende Verfügung kann kein Rechtsmittel ergriffen werden.

NAMENS DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Z. H. S.', written over a horizontal line.

Der Bundeskanzler:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. M.', written over a horizontal line.

3003 Bern, 20. Mai 1992



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

conformément à l'art. 102 chiff. 8 de la Constitution fédérale

décide:

1. Il est interdit aux bureaux de la Libyan Arab Airlines à Zurich et Genève de mener des activités commerciales, c'est à dire de vendre des billets d'avion.
2. Cette décision entre immédiatement en vigueur et le demeure jusqu'à sa révocation.
3. Aucun recours n'est possible contre ladite décision.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Wettstein', written over a horizontal line.

Le Chancelier de la Confédération:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Lehmann', written over a horizontal line.

3003 Berne, le 20 mai 1992



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Berne, 21 mai 1992 Mu/Bi

Libyan Arab Airlines
Talacker 21
8000 Z ü r i c h

Libyan Arab Airlines
Rue de Lausanne 42-44
1200 G e n è v e

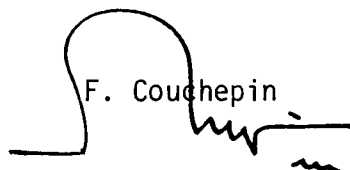
Messieurs

Nous vous envoyons en annexe la décision du Conseil fédéral concernant l'interdiction aux bureaux de la Libyan Arab Airlines à Zürich et Genève de mener des activités commerciales, c'est-à-dire de vendre des billets d'avion.

Veuillez agréer, Messieurs, nos salutations distinguées.

CHANCELLERIE FEDERALE

Le Chancelier de la Confédération:


F. Couchepin

Annexes mentionnées